Hinweise

Beim Transkribieren der Interviews wurde die jeweilige dialekte Färbung der Interviewten zugunsten besserer Lesbarkeit weitgehend ignoriert. Längere Sprechpausen werden durch drei Punkte in runden Klammern angezeigt: (...). Kürzungen werden durch drei Punkte in eckigen Klammern angezeigt: [...]. Wurden ganze Absätze gekürzt steht das Auslassungszeichen [...] in einer eigenen Zeile, deshalb gibt es manchmal mehrere Auslassungszeichen hintereinander. Schrägstriche markieren abgebrochene Sätze. Ergänzungen werden in eckige Klammern gesetzt. Sätze oder Wörter, die trotz mehrmaligen Anhörens unverständlich blieben, sind mit (unv.) markiert.

In den Interviews bezeichnet ›B‹ die Interviewerin oder den Interviewer (B = Befrager). ›I‹ steht für die interviewte Person.

Soweit in den Artikeln Berufs- Gruppen- und / oder Personenbezeichnungen Verwendung finden, ist auch stets die jeweils weibliche Form gemeint.

Für diese Vorstudie wurden 44 Interviews ausgewertet und acht Interviews und soziologische Rahmungen ausgewählt. Die Herausgabe der Hauptstudie, die auf mehr als 70 Interviews basieren wird, ist für das Jahr 2018 geplant.

FRANZ SCHULTHEIS

Keine Wahl: Wenn langzeitarbeitslose Mitbürger der Demokratie den Rücken kehren

Man hat sich in unseren westlichen Demokratien schon daran gewöhnt, dass die Schlangen an den Wahlurnen immer kürzer werden und von Wahlperiode zu Wahlperiode immer mehr Mitbürger ›mit den Füssen wählen‹, indem sie am Wahlsonntag vorziehen, anderen Dingen nachzugehen, anstatt von ihren demokratischen Grundrechten Gebrauch zu machen. Dies steht ihnen in einer Demokratie ja frei, wohingegen Wahlpflicht in der Regel die Gepflogenheiten autoritärer Regime kennzeichnet, die sich mittels hoher Wahlbeteiligung bei Schein-Wahlen einen demokratischen Anstrich geben wollen. Wo also liegt das Problem? Warum wird seit geraumer Zeit das Phänomen stetig zunehmender Wahlabstinenz öffentlich diskutiert, problematisiert, ja skandalisiert?

Man stelle sich vor: Es sind Wahlen und keiner geht hin ... Dieser Grenzfall führt bildlich vor Augen, in welche Krise unsere Demokratien steuern, wenn die Politikmüdigkeit der Bürger diese Regierungsform, die ja von der zumindest periodischen aktiven Beteiligung des Wahlvolks lebt und ihre Legitimation bezieht, weiterhin kontinuierlich zunimmt. Verloren geht hierbei auch das Ideal des mündigen, politisch verantwortungsvollen und engagierten Staatsbürgers, wie es sich historisch beim schrittweisen Austritt aus seiner »selbstverschuldeten Unmündigkeit« (Kant) in den letzten beiden Jahrhunderten herausgebildet hat. Das verfassungsmäßig verbriefte demokratische Grundrecht »Alle Macht geht vom Volke aus« wird durch die wachsende Wahl-Verweigerung mehr und mehr ausgehöhlt und brüchig, was unweigerlich zu einer einschneidenden Legitimationskrise dieser Regierungsform führen muss.

Nun ist es nach verfügbaren statistischen Erhebungen und wissenschaftlichen Forschungen keineswegs so, dass alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen an diesem Wählerschwund teilhaben. Die ›leaky pipeline‹ der Wahlbeteiligung zeichnet bei gesellschaftlich benachteiligten Gruppen deutlich höhere Verlustraten als bei ökonomisch gesicherten, bildungsnahen Schichten, und diese soziale Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung zeigt sich in besonders krasser Weise bei der Kategorie der Langzeitarbeitslosen, die einen deutlich überproportionalen Anteil an Nichtwählern aufweisen.

Wird der Verzicht auf Wahrnehmung des Wahlrechts seitens der wohl integrierten gesellschaftlichen Gruppen oft sozialpsychologisch als – vermeintlicher – Ausdruck allgemeiner Zufriedenheit mit dem Status quo gedeutet, kann diese ohnehin fragwürdige Hypothese mit Blick auf die Langzeitarbeitslosen nur von Zynikern ernsthaft in Betracht gezogen werden. Nun könnte man in einer nicht minder zynischen Perspektive die Wahlabstinenz dieser sozial Ausgegrenzten gar als konsequenten Selbstausschluss aus dem politischen Stimmrecht interpretieren und begrüßen, bedenkt man etwa, dass von prominenter Seite, wie etwa vom Gründervater der neoliberalen Weltanschauung, Friedrich August Hayek, oder jüngst von einem der Wortführer der AfD gefordert wurde, Arbeitslose und andere von staatlicher Alimentierung abhängige Gruppen per se vom Wahlrecht auszuschließen. Natürlich würde heute trotz allen Erschütterungen unserer demokratischen Kultur ein empörter Aufschrei durch die Öffentlichkeit gehen, wenn solche Forderungen ernsthaft erhoben würden, die auf die Beschneidung eines verfassungsmäßig geschützten universellen Teilhaberechts aller Bürger zielten.

Demgegenüber scheint aber der Wahlverzicht und Selbstausschluss wachsender Bevölkerungsgruppen, allen voran der Langzeitarbeitslosen, qua Fernbleiben am Wahltag auf den ersten Blick unproblematisch, steht er doch nicht im expliziten Widerspruch zum Prinzip der Wahl-Freiheit.

Was aber, wenn dieser Selbstausschluss von der Wahrnehmung eines demokratischen Grundrechts durch spezifische, politisch mitverantwortete oder zumindest geduldete gesellschaftliche Existenzbedingungen, der Erfahrung extremer sozialer Ausschließung von Lebenschancen aller Art, massiv beeinflusst wird? Was, wenn die Wahlabstinenz nur als konsequentes Zuendedenken, als ultimativer Ausdruck des auf Schritt und Tritt zu spürenden Gefühls des Nicht-dazu-Gehörens erscheint? Ist es nicht ein sehr beredtes Symptom einer Gesellschaft, die die ›Gleichheit‹ aller Bürger proklamiert, diese Gleichheit aber nur als formal konzipiert und nicht in materieller Hinsicht realisiert? Ist es weniger skandalös, wenn Mitmenschen angesichts der erfahrenen Ausgrenzung dann selbst noch diesen Schlussstrich ziehen und die ohnehin als illusorisch und blanken Hohn erscheinenden Teilhaberechte am demokratischen Gemeinwesen aufkündigen?

Hier hat dann die demokratische Ordnung ein echtes Problem.

»Alle Staatsgewalt«, so heißt es in der deutschen Verfassung, »geht vom Volke aus«! Wie aber steht es mit diesem Anspruch, wenn der Demokratie das Volk mehr und mehr abhandenkommt bzw. es ihr den Rücken kehrt? Die von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen inkarnieren dieses Problem geradezu idealtypisch und bieten sich deshalb in besonderer Weise für eine kritische Radiografie der spezifischen Befindlichkeiten und Motive an, die sich hinter der wachsenden Wahl-Verweigerung verbergen. Die hier präsentierte kollektive Forschung ging, wie nachfolgend erläutert wird, dieser brennenden gesellschaftlichen Frage auf ganz eigene Art nach.

1. Demokratie von ›unten‹ gesehen: Zeugnisse von Langzeitarbeitslosen

In der hier vorgelegten Studie kommen Mitmenschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts, verschiedenster Herkunft und Ausbildung und mit je individuellen persönlichen Lebensläufen und -schicksalen zu Wort. Was ihnen gemein ist und sie trotz allen Verschiedenheiten zu einem vielstimmigen Chor zusammenschweißt, ist die geteilte Erfahrung jahrelanger Arbeitslosigkeit und der mit diesem Zustand einhergehenden Nöte, Frustrationen, Scham und erlittenen Zumutungen und Ausgrenzungen aus der Normalität unserer Gesellschaft. Weiterhin teilen sie auf überraschend – bis in die Wortwahl – gleichlautende und -gestimmte Weise ein geradezu erschreckend kritisches, distanziertes und pessimistisches Bild eines politischen Gemeinwesens, dessen demokratische Postulate sie als hohle Fassade empfinden, und kehren dieser ›Scheindemokratie‹, wie es des Öfteren von dieser Seite heißt, den Rücken. In den Dutzenden Interviews mit Langzeitarbeitslosen, die für diese kollektive Sozialforschung zum Verhältnis von Langzeitarbeitslosigkeit und Lage der Demokratie geführt wurden, wird man mit Aussagen und Urteilen zur ›Lage der Nation‹ von unten konfrontiert, die jedem Volksvertreter auf geradezu brutale Weise den totalen Vertrauensverlust vor Augen führen, dem die demokratische

Ordnung seitens dieser für rund drei Millionen weitere Betroffene von Langzeitarbeitslosigkeit sprechenden Interviewpartner fast unisono ausgesetzt ist. Hören wir hier eine kleine Stichprobe von Zitaten aus den Interviews, stellvertretend für Hunderte ähnlich lautende:

Langzeitarbeitslose aus Würzburg:

»Ich gehe nicht mehr wählen, weil es egal ist, ob es jetzt die CDU oder SPD ist, egal, welche Partei du wählst, es ist immer das Gleiche. In den Wahlverfahren, also bevor die Wahl losgeht, versprechen sie alles und sobald sie dann gewählt sind, wird nichts umgesetzt, weil sie ja ihr Schäfchen im Trockenen haben [...].«

»Ja, wenn sie ihr Wahlversprechen mal halten würden, dass jeder Mensch in Menschenwürde leben kann. Und nicht jeden Monat oder knapp vorm, zwei Wochen vor Monatsende dann schauen müssen, dass sie was zu essen auf dem Tisch haben oder sonst was [...].«

»Also, wenn zum Beispiel, sagen wir mal, es ist einer in der Partei drinnen oder mehrere in der Partei drinnen, die ein Handicap haben oder die selbst lang arbeitslos waren oder die selbst Geringverdiener waren, dann denke ich, dass die ein anderes Denken haben und versuchen, diese Ziele auch umzusetzen. Also, dass das aus der Welt geschafft wird. Diese Missstände [...]. Aber im Laufe des Lebens, wie es halt so ist, verliert man halt den Glauben an die Politik, wenn man merkt, man wird nur ausgebeutet als Mensch und es wird immer schlimmer. Man (...) denkt natürlich nicht nur an sich selber, man denkt auch an seine Kinder, die ja noch länger leben wie man selber. An denen ihre Zukunft denkt man.«

Langzeitarbeitslose aus Heilbronn:

»Ja, also, ich bin immer wählen gegangen, weil ich mir gedacht habe, wer nicht wählen geht, hat auch keinen Anspruch darauf oder (...) kann nicht erwarten, dass sich was ändert. (...) Bin aber dann in den letzten Jahren nicht mehr wählen gegangen, weil ich von den Parteien eigentlich, egal welchen, so enttäuscht war oder auch teilweise noch bin, weil ich sage, die machen halt sich die Taschen selber voll und es fallen alle möglichen Leute durch das Raster.«

Langzeitarbeitsloser aus Würzburg auf die Frage »Ja. Also du traust den Parteien ein ...«:

»Im Moment gar nix zu. Weil man sieht es ja. Andauernd ist irgendein Scheiß und wir sind die Lackierten. (...) Tausende von Vorschriften, wo uns noch weiter martern bis zum Gehtnichtmehr, aber nix bringen. Höchstens für die Großkopfene [...]. Bei manchen würde ich sagen: ›Naja, Freischießen wäre auch nicht schlecht.‹ (...) Die würde ich von ihrem hohen Sitz runterhauen. (...) Normalos draufhocken. Und die alle jetzt, wo dafür sorgen, dass andere immer schlechter leben können, (...) die mal eine Zeit lang in dieselbe Bredouille bringen, (...) wie sie die Leute reinschieben. (...) Und dann kann man mal sehen, wie groß die Klappe dann noch ist.«

Langzeitarbeitslose aus Köln auf die Frage »Trauen Sie den Parteien die Lösung der Probleme zu?«:

»Ich glaube, da lebe ich nicht mehr, bis das passiert.«

Langzeitarbeitslose aus Leipzig auf die gleiche Frage:

»Oh Gott. Ich weiß es gar nicht. Es ist schon ein paar Jahre her. [...] Ich würde sagen, es gibt nicht wirklich eine Partei, die mir entspricht oder in der ich jetzt, in die ich jetzt das Vertrauen hätte, dass die das mal irgendwie so geregelt bekommen, wie ich das gerne hätte, oder dass es mir was nützt.«

Langzeitarbeitsloser aus Kirchheim:

»Der [Der Staat] baut Superpaläste in Berlin, wo sie dann den ganzen Tag rumhocken und schlafen. Sieht man ja oft genug im Fernsehen, dass die eigentlich nur schlafen in den Sitzungen. Und wo ich dann einfach denke: ›Das läuft alles in die falsche Richtung.‹ Und da habe ich dann auch keinen Bock, mir selber einzureden, wenn ich dann irgendeine kleine Partei wähle, dass ich dann den Großen eine Stimme klaue, weil ich nicht einmal dran glaube, dass da irgendwas dran wahr ist.«

Langzeitarbeitslose aus Esslingen auf die Frage »Wann waren Sie zum letzten Mal wählen?«:

»Keine Ahnung. Ist schon 20 Jahre her, denke ich.«

»Warum gehen Sie nicht mehr zur Wahl?«

»Weil ich mit den Politikern, die da zur Wahl stehen, nichts anfangen kann. Und Versprechungen machen ja alle.«

Etc. etc.

Wie kann es dazu kommen, dass eine der größten Errungenschaften unserer westlichen Zivilisationen, über zum Teil opferreiche Kämpfe für politische Gleichheit und Teilhabe aller Bürger erstritten, in den Augen unserer Befragten dermaßen gering geschätzt wird? Wie lässt sich der spürbare totale Vertrauensverlust in eine politische Staatsform nachvollziehen, die nur dank der aktiven Partizipation der Bürger Legitimität erhält? Und warum ist – die allgemein zu beobachtende – Tendenz der Politikverdrossenheit und ihr Niederschlag in zunehmender Wahlabstinenz gerade bei der Population der Langzeitarbeitslosen so extrem ausgeprägt? Dieser Frage versucht die hier vorgestellte Studie auf ungewohnte Weise auf den Grund zu gehen.

2. Langzeitarbeitslose erforschen ihre/die Krise der Demokratie

Die hier vorgelegte Studie zum Zusammenhang von Langzeitarbeitslosigkeit und Krise der Demokratie überrascht weniger durch ihre ja bereits wissenschaftlich erforschte und öffentlich diskutierte gesellschaftliche Problematik als durch den gewählten, alles andere als konventionellen, Zugang. An interviewbasierten Untersuchungen zur sozialen Lage und Befindlichkeit von Arbeitslosen besteht kein Mangel, immer aber werden bislang die Betroffenen zu Forschungsobjekten wissenschaftlicher Experten. Sie werden hierbei mit einer Situation konfrontiert, die ihnen ihre Ohnmacht und die Unmöglichkeit, in eigenem Namen, mit eigener Stimme und eigenverantwortlich öffentlich wahr- und ernst genommen werden zu können, exemplarisch und lebhaft vor Augen führt. Von Sozialwissenschaftlern ›beforscht‹ zu werden, kann bei noch so viel gutem Willen

beiderseits und noch so positiv gemeintem ›So tun als ob‹ nicht vergessen lassen, dass auf diesem Wege keine Kommunikation ›auf Augenhöhe‹ ohne Verzerrungen durch ein offenkundiges soziales Gefälle und das Fehlen von Reziprozität zustande kommen kann. Um dieses grundlegende Dilemma konventioneller Forschungsansätze auszuhebeln, wählte die hier präsentierte kollektive Feldstudie bewusst ein empirisches Vorgehen, bei dem Langzeitarbeitslose selbst als Forscher auftreten und verstehende Interviews mit von der gleichen sozialen Frage Betroffenen durchführen.

Hiermit zielte man darauf ab, die durch die Schieflage der Positionen und Perspektiven von Forschern und Beforschten unvermeidlichen Verzerrungen, Knoten und (Selbst-)Zensuren herkömmlicher Interviewführung zu umgehen. Die in diesem Falle von Interviewtem und Interviewer geteilten soziobiografischen und lebensweltlichen Erfahrungen, die im Gespräch immer wieder zum Ausdruck kommenden Zeichen wechselseitigen Verstehens und solidarischen Mitfühlens eröffneten einen in dieser Form bisher noch nicht erprobten Spielraum für das Zur-Sprache-Bringen von zumeist von sozialer Scham verdrängten oder verschwiegenen Erfahrungen, Befindlichkeiten und Meinungen. Im Zwiegespräch mit einem ›Schicksalsgenossen‹ bzw. einer ›Schicksalsgenossin‹ mussten die Befragten für einmal, metaphorisch formuliert, ›aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen‹, konnten es ›ausschütten‹ und ›frei von der Leber weg‹ ihre Selbst- und Weltbilder äußern. Im Unterschied dazu mussten sich die dieser Studie vorausgehenden und richtungsweisenden soziologischen Forschungen aus dem akademischen Elfenbeinturm hinaus immer wieder die an Spinoza angelehnte forschungsethische Maxime »Nicht bemitleiden, nicht verlachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen« vor Augen halten, um sich der Gefahren ihrer sozialen Distanz und Voreingenommenheit bewusst zu bleiben.

3. Citizen Science: Wenn Langzeitarbeitslose ihre Lage selbst beforschen

Wie es in einem der Interviewer-Protokolle treffend heißt: »Mir wurde direkt am Anfang das *du* angeboten, auch die gemeinsame Erfahrung mit der Langzeitarbeitslosigkeit und des Berufes hat positiv dazu beigetragen, dass man sich von Anfang an gut verstanden hat. Ich denke, wenn ein Soziologe oder jemand anderes das Interview geführt hätte, der von

den ›oberen 10.000‹ gekommen wäre, dann wäre das Interview nicht so gut gelaufen, da Herr X. dies sehr oft angeprangert hat.«

Dass hier ›Laien‹ mit Interviews betraut wurden, heißt aber keineswegs, dass die üblichen Standards wissenschaftlicher Praxis dabei zu kurz kamen. Vielmehr knüpfte man gezielt an eine spezifische Tradition qualitativer Sozialforschung und ›public sociology‹ an und kooptierte auch deshalb den Autor dieser Einleitung, um den angehenden Laien-Forschern im Sinne der Citizen Science die theoretischen und methodologischen Grundlagen qualitativer Sozialforschung zu vermitteln, bei der kollektiven Ausarbeitung eines Interviewleitfadens zu unterstützen und die Interviewer-Schulung zu begleiten.

Zu diesem Zweck wurde ein Workshop mit Einführungen in die theoretischen und methodologischen Grundlagen und Probleme eines solchen Forschungsprojektes,mit Arbeitsgruppen zur Erstellung eines Fragebogens und Probeinterviews in Zweiergruppen mit anschließender Präsentation und Diskussion im Plenum abgehalten, an dem rund 40 Personen teilnahmen.

Daraufhin führten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des hier gegründeten Teams ihre Interviews in den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands nach den gemeinsam definierten Standards durch. Die Tonaufnahmen der Interviews unterschiedlicher Dauer (von durchschnittlich 63 Minuten) wurden nach einheitlichen Vorgaben transkribiert, mit einem Protokoll der Eindrücke aus teilnehmender Beobachtung in der Interviewsituation versehen und an alle Mitglieder des Teams zur kritischen Lektüre verschickt. Bei weiteren Arbeitstreffen des Teams wurden die vorliegenden Interviews gesichtet und diskutiert und jeweils einer Zweiergruppe für die Erarbeitung eines Vorspanns zugeteilt. Dieser sollte das sich im Interview abzeichnende Porträt der oder des Befragten rahmen, d. h. die jeweilige biografische Flugbahn und Lebenssituation auf der einen Seite und auf der anderen Seite die geäußerten Meinungen und Bewertungen der gesellschaftlichen Situation im Allgemeinen und des Zustands der Demokratie im Besonderen auf wesentlich erscheinende Aspekte hin zusammenfassen und deuten. Nicht alle der geführten Interviews sind gleichermaßen ergiebig und aussagekräftig. Manche unserer Gesprächspartner zeigten sich, trotz der ja gegebenen Augenhöhe, mit dem Interviewer oder der Interviewerin doch in dieser ungewohnten Situation gehemmt und wortkarg, während andere die Gelegenheit, endlich einmal einen Zuhörer für das, was sie auf der Seele hatten, zu finden, ausgiebig und wortreich nutzten.

Aus dem hierbei zusammengetragenen reichen empirischen Material – es liegen bisher 66 Interviews vor – wurde für die hier präsentierte Vorstudie eine für den Gesamtkorpus repräsentativ erscheinende Auswahl getroffen.

Aber wie steht es überhaupt um die Repräsentativität der vorgelegten Interviews betreffend einer Population von fast drei Millionen betroffenen Mitbürgern? Die Autoren dieser Studie waren sich von Beginn an völlig bewusst, dass ihr qualitativer Forschungsansatz und die für die Interviews herangezogene Stichprobe von einigen wenigen Dutzend Probanden Repräsentativität im statistischen Sinne weder beanspruchen kann noch behaupten will. Befragt wurden Individuen mit je besonderen Lebenssituationen, ganz eigenen biografischen Werdegängen, sozialen Herkünften, Wohnregionen, schulischen Qualifikationen und beruflichen Ausbildungen und Tätigkeiten vor ihrer Langzeitarbeitslosigkeit, und jedes der vorgestellten Porträts spiegelt ein singuläres Subjekt wider. Dies verhindert jedoch nicht, dass der geteilte Zustand langjähriger sozialer Ausgrenzung sich in grundlegenden kollektiv geteilten Erfahrungen der Verletzung persönlicher Integrität, im Verlust sozialer Anerkennung und in erschüttertem Selbstwertgefühl, materiellen Entbehrungen und mangelnder Autonomie der Lebensführung und Daseinsvorsorge und vielen anderen Nöten und Leiden niederschlägt. Diese Erfahrungen drücken sich in durch alle Interviews hindurch les- und spürbaren gemeinsamen Grundtönen und Leitmotiven aus, und trotz der versammelten Vielstimmigkeit lassen die Interviews in ihrer Gesamtheit nicht das Gefühl der Kakophonie und Beliebigkeit entstehen, sondern spiegeln klar Konvergenzen der Befindlichkeiten, Weltsichten und Selbstverhältnisse von Opfern sozialer Ausgrenzung. Gleiches gilt für das politische Meinungsbild und die Einschätzung demokratischer Teilhabechancen der Befragten. Auch wenn sie unterschiedlich differenziert und informiert, rhetorisch mehr oder weniger gekonnt, im Urteil scharf oder resigniert und betreffend der Analyse ihrer Abkehr vom demokratischen System in unterschiedlichen Variationen des gleichen Themas argumentieren, entsteht doch in der Zusammenschau ihrer Stellungnahmen ein klar konturiertes stimmiges Gesamtbild, dessen politische Botschaft einiges an Sprengstoff transportiert.

4. Langzeitarbeitslosigkeit und Nicht-Wählen: Erste Befunde

Wovon ist in den durchgeführten Interviews die Rede? Durchgängig erzählen die Befragten, oft sehr wortreich und emotional, zunächst aus ihrem Leben vor dem Abstieg in die Langzeitarbeitslosigkeit, von ihrer Herkunft, der Familie, der Berufswahl und der damals noch gegebenen Teilhabe am normalen Alltag der Integrierten. Darauf folgt meist die Schilderung von Krisen unterschiedlichster Art und Schwere und dann – oft sehr aufgewühlt bis empört – die Schilderung ihrer Erfahrungen mit einem System sozialer Sicherung und seinen Institutionen und Akteuren, die, wie ein Befragter es ausdrückte, »nur fordern und nicht fördern«, nicht auf ihre konkrete persönliche Situation und Bedürfnisse einzutreten bereit oder in der Lage sind und den Hilfesuchenden immer wieder ihr Ausgeliefertsein an die Willkür eines kafkaesk anmutenden bürokratischen Apparats vor Augen führen.

Unsere Probanden berichten uns von dem persönlich erfahrenen bzw. erlittenen Abbau sozialer Sicherungen und dem damit verbundenen Verlust an Lebensqualität, sie sprechen von ihrer Einigelung in ihre Privatsphäre aus sozialer Scham, resultierend aus wahrgenommenen oder zumindest vermuteten Vorurteilen und Stigmata, dem Verlust an Sozialkontakten durch mangelnde finanzielle Teilhabemöglichkeiten (Ausgehen, Geselligkeit, Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen etc.) und ihrem Rückzug in ein inneres Exil. Das durchgängig und nachdrücklich geäußerte Gefühl massiver sozialer Ungerechtigkeit äußert sich dabei des Öfteren in Form eines doppelten Ressentiments, nach oben im Hinblick auf die Herrschenden und Privilegierten, allen voran die politische ›Kaste‹ der Volksvertreter, nach unten hinsichtlich der ja eigentlich noch prekäreren Gruppen wie Migranten und Asylsuchende, um die sich zum Teil auch verschwörungstheoretische Mythen über vermeintliche Bevorzugungen und Privilegien spinnen. Immer ist, in verschiedenen Variationen des gleichen Themas, die Rede vom Gefühl ohnmächtigen Ausgeliefertseins an bürokratische Willkür in der eigenen Rolle als ›Bürger zweiter Klasse‹.

Im zweiten Teil der Interviews, eingeleitet durch Fragen nach dem Verhältnis zu politischen Wahlen und der eigenen Beteiligung daran, geben sie oft sehr ausführlich und emotional getönt Auskunft über ihre Einschätzung und Beurteilung des gegebenen politischen Systems. In beiden genannten Bereichen des Gesprächsverlaufs finden sich quer durch die Dutzende von Interviews erstaunlich Konvergenzen der Schilderungen: Die Diagnose der

eigenen prekären Lebenssituation und der sie begleitenden Befindlichkeit des Abgehängt-Seins auf der einen Seite, die oft harsche, ungeschminkte Absage an und Abrechnung mit einem fast durchgängig als scheindemokratisch beurteilten Regime auf der anderen Seite erscheinen bei der Lektüre als zwei Seiten ein und derselben Medaille. War es das Ziel unserer Studie, die hohe Wahlabstinenz von Langzeitarbeitslosen nachzuvollziehen, dieses Verhalten zu verstehen, anstatt es »zu bemitleiden, zu verlachen oder zu verurteilen« (Spinoza), so drängt sich bei der Lektüre tatsächlich das Gefühl auf, dass man im Falle eigener persönlicher Betroffenheit von diesem kollektiv geteilten Schicksal wohl auch kaum anders reagieren könnte.

Aus der Sicht der Volksvertreter und Verfechter einer idealistischen Vision von Demokratie wäre es beruhigend, die wohl bekannte, statistisch belegte Tatsache deutlich überproportionaler Wahlabstinenz von Langzeitarbeitslosen als Ausdruck mangelnden politischen Interesses oder als Bequemlichkeit abzutun und somit die Fernbleibenden am Wahlsonntag selbst dafür verantwortlich zu machen. Aber so einfach lässt sich das anvisierte Problem nicht entschärfen. Einer unserer Befragten ging von sich aus mit folgender Bemerkung auf diese verbreiteten Vorurteile ein, indem er feststellte: »[...] die gehen davon aus, dass man praktisch als Arbeitsloser oder, Ding, zu den Nichtwählern gehört. Fehler! Das sind dann die Radikalwähler. Das sind nicht die, die *nicht* wählen gehen, das sind dann die, die die radikalen Parteien wählen. Die nicht / Die Erfahrung habe ich gemacht: also viele Akademiker sagen schlicht und einfach: ›Tut mir leid, es ist nichts da, was ich wählen könnte. Und ich sehe es nicht ein, das geringere Übel zu wählen.‹ Nichtwähler haben schon eine Meinung. Es wird halt nur so ausgelegt: ›Ha, dann interessiert es dich nicht.‹ – ›Hallo, gib mir was, was ich wählen kann, dann wähle ich es auch.‹«

5. Wahlabstinenz als demonstratives politisches Statement

Anders formuliert ist Wahlabstinenz der Verzicht auf das Grundrecht der Teilhabe an demokratischen Wahlen nicht einfach als Handlungsverzicht misszuverstehen, sondern er ist ein aktives, ja sogar demonstratives politisches Handeln und beredtes Statement, wie aus vielen der geführten Interviews sehr plastisch hervorgeht.

Überhaupt zeigten sich die Befragten mehrheitlich als politisch interessiert und informiert, kamen während des Gesprächs spontan auf tagespolitische Fragen zu sprechen, zeigten, dass sie das politische Geschehen in den Medien regelmäßig mitverfolgen und es sie nicht kalt lässt.

Wenn in den zusammengetragenen Interviews des Öfteren die Form direkt-demokratischer Beteiligung, etwa nach Schweizer Vorbild, als Ausweg aus der lähmenden ›Scheindemokratie‹ des gegebenen parlamentarischen Modells gepriesen und quasi als erstrebenswerte Alternative hoch gehalten wird, so zeigt sich hier, dass durchaus ein Interesse an politischer Beteiligung vorhanden wäre. Dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass die Befragten sich hier einen Ausweg aus der Entfremdung zwischen ihnen und ihren ›Volksvertretern‹, einer ›bürgerfernen politischen Elite‹ ausmalen, mit dem sie sich besser identifizieren und die eigene Demokratiemüdigkeit überwinden könnten.

Mein Kollege, der Schweizer Ökonom Bruno Frey, untersuchte international vergleichend den Zusammenhang zwischem dem Maß der demokratischen Teilhabemöglichkeiten, insbesondere in Form direktdemokratischer Beteiligung (Volksabstimmungen), und der Lebenszufriedenheit und stellte einen eindeutigen Glückseffekt fest:

> »Die ermittelte Zunahme an Lebenszufriedenheit in einem demokratischen Staatswesen lässt sich auf zwei unterschiedliche Gründe zurückführen. Der erste Grund bezieht sich auf das Abstimmungsergebnis. Je ausgeprägter direktdemokratisch ein Gemeinwesen ist, desto mehr entsprechen die durch Abstimmung erzielten Ergebnisse den Wählerwünschen. Es entsteht ein ›Ergebnisnutzen‹, da die Politiker und die staatliche Verwaltung gezwungen sind, auf die Wünsche des Volkes einzugehen.
>
> Der zweite Grund bezieht sich auf das Recht, am politischen Entscheidungsprozess zu partizipieren. Die Bürgerinnen und Bürger ziehen einen Nutzen aus der grundsätzlichen Möglichkeit, ihren politischen Willen zu äußern. Damit wird das Grundbedürfnis der Menschen erfüllt, ihr Leben aktiv zu gestalten. Dieser ›Prozessnutzen‹ ist unabhängig davon, ob die eigene Beteiligung überhaupt eine Auswirkung auf das Abstimmungsergebnis hat. Wer das Bürgerrecht hat, kommt aufgrund des Stimmrechtes in den Genuss sowohl des Ergebnis- als auch des Prozessnutzens.«

Mangels dieser Möglichkeit direkter politischer Meinungsbekundung scheint unseren Langzeitarbeitslosen nur die Option gegeben, durch Fernbleiben am Wahlsonntag ›mit den Füßen‹ abzustimmen.

6. Man kann nicht Nichtwählen! Verweigerung als ›außerdemokratische Opposition‹

Wenn es zu den psychologischen Gemeinplätzen zählt, dass ›man nicht nicht kommunizieren‹ kann, d.h., dass auch Schweigen in sozialen Situationen etwas kommuniziert und Bedeutung hat, so gilt dies auch für das Nicht-Abgeben seiner politischen Stimme, durch das signalisiert wird: »Ich spiele bei diesem Spiel nicht mehr mit!« Mit der Stimmabgabe äußert man, gewollt oder nicht, überzeugt oder dem Schein nach, dass man an dieses Spiel und seinen Sinn glaubt, und trägt dadurch zu seiner Rechtfertigung und seinem Erhalt bei. Diejenigen, die nicht mehr an die Legitimität des Spiels glauben, ihm die Zustimmung verweigern bzw. nicht bereit sind, Akzeptanz und Sinnhaftigkeit zu heucheln, verhalten sich im Hinblick auf die von fast allen Befragten geäußerte völlige Entzauberung dieser für sie nur ›inszenierten‹ scheindemokratischen Rituale nur konsequent.

Man kann eben nicht ›Nichtwählen‹: auch wenn man nicht zur Wahl geht. Weil man spürt, dass man im Leben ohnehin keine Wahl zu hat, wählt man, indem man durch Fehlen am Wahltag einen gesellschaftlichen Skandal – die eigene Erfahrung sozialer Ausgrenzung – dokumentiert und diese den als dafür zumindest mitverantwortlich wahrgenommenen Volksvertretern zuschreibt. Nicht-Wählen wäre demnach eine ›Wahl‹ eigener Art und eine deutliche Botschaft an die Demokratie, ihre Institutionen, ihre Spielregeln und Akteure.

Wahlabstinenz erscheint in dieser Sicht als Ausdruck empfundener Irrelevanz der Stimmabgabe und des ›Sich-nicht-betroffen-Fühlens‹. Der Verweigerer schaltet gewissermaßen seinen Empfänger für Aufrufe zu staatsbürgerlicher Teilhabe einfach ab. Die mangelnde Resonanz des politischen Systems für die eigenen Miseren und Nöte und das Ungehört-Bleiben der eigenen Hilferufe schlägt sich dann umgekehrt in einer mangelnden Resonanz der Demokratie beim Wahlvolk nieder.

Wählen gehen erscheint in dieser Perspektive als angemessen bzw. als Privileg für diejenigen, die im Leben noch Wahl-Möglichkeiten haben bzw. noch über eine selbst mitgestaltbare Zukunft verfügen, Nicht-Wählen hingegen als authentischer Ausdruck eines Selbstverhältnisses der sozialen Ausgrenzung, Marginalität und Stigmatisierung, als Ausdruck eines Gefühls der Sinnlosigkeit, der sozialen Inexistenz.

Aber was heißt das für das demokratische Gemeinwesen, seinen Zusammenhalt, sein Selbstverständnis und seine Legitimität? Hören wir hierzu

direkt die Stimme eines der befragten Langzeitarbeitslosen selbst, der auf die Frage »Wann waren Sie denn zum letzten Mal wählen?« antwortet:

> »Gute Frage. Ist ein paar Jahre her. (...) Ich kann's echt nicht sagen bei welcher Wahl. [...] Sechs Jahre. Sieben Jahre (...) Weil man ja auch in der Stadt nicht viel merkt teilweise. Egal, wen du wählst, es ist immer das gleiche Geschwätz. Und ich find's auch immer lustig, wenn sie nach der Wahl tönen, da kommt erstmal, keine Ahnung, 40 Prozent Wahlbeteiligung und ›Wir haben mit 45 Prozent die Mehrheit.‹ Da denke ich mir immer, Moment, 40 Prozent der Wahlberechtigten haben gewählt und davon 45 Prozent haben diese Partei gewählt. Wie können die jetzt behaupten, sie wären von der Mehrheit der Wähler berechtigt zu regieren? Weil 40 Prozent der Wähler ist weniger als die Hälfte. Ist schon weniger als ... Ist also eigentlich schon keine Berechtigung der, des Großteils der Bevölkerung da. Und dann aber sagen: ›Hey, wir haben aber 45 Prozent gemacht. Wir sind jetzt hier vollberechtigt für alle zu regieren.‹ (...) Passt nicht. [...] Das ist für mich eine Riesendiskrepanz. Und dann jubeln die immer über ihre Wahlerfolge, und ich denke mir: ›Ach, die Wahlbeteiligung sinkt immer weiter.‹ Aber die jubeln immer mehr über ihre Wahlerfolge. Passt nicht. (...) Ach, die sind doch eigentlich gar nicht berechtigt zu regieren. Zumindest nicht von der Mehrheit.«

Dieses Statement bringt sehr hellsichtig die aktuelle Krise der Demokratie auf den Punkt. Unsere Befragten könnten von ihrer sozialen Lage und Befindlichkeit her eigentlich prädestiniert erscheinen, leichte Beute rechtspopulistischer Sirenenrufe zu werden und ihren offen zum Ausdruck gebrachten Zorn auf die sogenannten ›Volksvertreter‹, von denen sie sich so wenig vertreten fühlen, auf diese Weise zum Ausdruck zu bringen. Viele von ihnen haben diese sehr ernst zu nehmende Gefahr für die Demokratie von sich aus angesprochen und reflektiert von sich gewiesen. Aber auch ihre besonders ausgeprägte Wahl-Verweigerung ist ein alarmierendes Symptom eines krankenden politischen Gemeinwesens. Wenn, wie die hier präsentierten Zeugnisse von Langzeitarbeitslosen beredt zur Sprache bringen, die demokratische Ordnung immer weniger Resonanz bei Bürgerinnen und Bürgern findet, die massiv unter ihrer Ausgrenzung von der gesellschaftlichen Normalität leiden, so lässt sich dieser Wahl-Verweigerung nicht mit noch so gewandten Wahlkampfparolen und -versprechen entgegenwirken, sondern allein durch entschiedenes politisches Eintreten und Handeln für ein deutliches Mehr an sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Teilhabe an den Lebenschancen einer ja an sich unglaublich reichen, aber gespaltenen Gesellschaft

MARTIN TERTELMANN

Den Abgehängten eine Stimme geben und sie beteiligen. Langzeitarbeitslose Forscher sind die tragende Säule dieser Studie

1. Was hat uns zu dieser Studie motiviert?

Die Idee, die Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler zu erforschen, entstand im Rahmen der Veranstaltung ›Arme Wähler wählen nicht!?‹[1], die in der Vesperkirche Stuttgart im Februar 2016 stattfand. Bei dieser Veranstaltung trafen Landtagswahlkandidaten aus Baden-Württemberg und Menschen, die in prekären Schichten leben, zusammen. Sie haben darüber diskutiert, warum Menschen vom Rand der Gesellschaft überproportional weniger wählen gehen als Menschen aus besser gestellten Schichten. Es wurde sehr deutlich, dass es zwischen einem Teil der Wähler und der Politik einen tiefen Graben gibt, der unüberbrückbar scheint. Dieser Graben ist das Ergebnis eines Teufelskreises,[2] der entsteht, wenn Menschen aus

1 Am 19. Februar 2016 fand in der Leonhardskirche Stuttgart, die Veranstaltung ›Arme Wähler wählen nicht!? – Gespräch und Diskussion mit Menschen in prekären Lebenslagen und politisch Verantwortlichen‹ statt. Veranstalter war die Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande im Sozialunternehmen Neue Arbeit in Kooperation mit der Vesperkirche Stuttgart. Etwa 100 Gäste haben die Veranstaltung besucht. Die Landtagskandidaten/-kandidatinnen Donate Kluxen-Pyta (CDU), Brigitte Lösch (Bündnis 90 / Die Grünen), Gabriele Reich-Gutjahr (FDP), Bernd Riexinger (Die Linke), Marion von Wartenberg (SPD) haben sich der Diskussion gestellt. Einen Bericht gibt es im Internet unter: denkfabrik.neuearbeit.de/index.php/veranstaltungen/arme-waehler-waehlen-nicht.

2 Besonders gut wird hier das Konzept des politischen Teufelskreises beschrieben, mit dem Piven und Cloward die amerikanischen Wahlen charakterisieren: »Je ungleicher die Wahlbe-